

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-CB/BUH

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 37/90 du 10.09.1990

- 1) Visite à Berne du MAE néerlandais Hans van den Broek
- 2) Situationsbericht Irak-Kuwait vom 10. September 1990

1) Visite à Berne du MAE néerlandais Hans van den Broek
(03.09.90)

Chef département (BRF) a reçu M. van den Broek (VB) pour entretiens portant essentiellement sur nouvelles structures européennes et intégration. Approches suisse et néerlandaise sont très semblables quant à coordination aides bilatérales au sein G-24 ainsi que conditionnalité politico-économique. VB a réitéré proposition néerlandaise de création d'une communauté pour l'énergie entre est et ouest, dans l'esprit de ce que CECA a été pour initier processus intégration. Sur CSCE, unité de doctrine a été vérifiée en ce qui concerne légèreté de l'institutionnalisation, et utilisation organisations existantes (p.ex. Conseil de l'Europe), ainsi qu'ajustement aux nouveaux besoins de sécurité (négociation post-CFE).

Concernant négociations EEE, VB souhaite résultat mutuellement avantageux. Il souligne solde positif pour Pays-Bas de son option

Datum: 10.09.1990
Tel. intern: 30 66

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

communautaire et estime indispensable coopération politique (sens large) avec 'like-minded countries' de l'AELE. BRF rappelle nécessité d'un bon accord, y compris question institutions. Il met en exergue volonté mise en valeur de la dimension solidarité de notre engagement européen (y compris aspect neutralité), également par rapport à nouveaux foyers de crise (Golfe).

Au plan bilatéral, VB a soulevé problème solution transitoire pour trafic routier 40t. (Voir rapport détaillé dans 'Informations hebdomadaires normales'.)

2) Situationsbericht Irak-Kuwait vom 10. September 1990

1. Lage unserer Vertretung in Kuwait

Lage der schweizerischen Botschaft zunehmend schwerer, weshalb Abzug diplomatischer Vertreter im Verlauf dieser Woche vorgesehen. Es verbleiben 3 schweizerisch-kuwaitische Doppelbürger im Land, die nicht auszureisen gedenken. Auch nach Abzug unserer Vertreter bleibt Botschaft 'offen', keine voelkerrechtliche Anerkennung der Annexion, 'Aufgabe' der Botschaft unter Zwang. Schweden, Norwegen und Daenemark haben ihre Vertreter abgezogen.

2. Evakuierung von Schweizerbuergern aus Irak/Kuwait

Es verbleiben total 87 Schweizer in Irak resp. Kuwait, wovon 43 IKRK-Delegierte. 30 wollen ausreisen. Demarchen zum Erhalt

Letzte
Zeile

Datum: _____

Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

der Exitvisa werden in Bern wie auch in Bagdad unternommen. Am 7. September 1990 wurde zu diesem Zweck auch der irakische Botschafter ins Bundeshaus zitiert. Im Moment sind Ausreisen offenbar nicht unmittelbar zu erwarten.

3. Wirtschaftsboykott

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, soll **M e d i - k a m e n t e n - L i e f e r u n g e n** im engeren Sinne auf entsprechende Gesuche hin stattgegeben werden.

Bisher noch keine konkrete Bewilligung erteilt.

N a h r u n g s m i t t e l l i e f e r u n g e n stehen nicht zur Diskussion.

4. Humanitaere Massnahmen und Wirtschaftshilfe an Staaten der Region

SKH hat bis jetzt teilweise in Zusammenarbeit mit IKRK fuer ca. Sfr. 1 Million (Wassertanks, Zelte, Wolldecken, Transporte) Hilfe geleistet. Weitere humanitaere Massnahmen werden gepueft. Diese konzentrieren sich hauptsaechlich auf die Durchgangslager und die Repatriierung von Fluechtlingen via internationale Organisationen (eventuell Zurverfuegungstellung bzw. Finanzierung von Flugzeug).

Schweiz evaluiert kurz- und mittelfristige Wirtschaftshilfe an Laender, die von der Krise besonders betroffen sind.

J.C.A. Staehelin.

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

iv. K...

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

4

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

///

Copie: BRF JAC SIN PB

NNNN

letzte
Zeile

47 80 000 39665

Datum: _____

Tel. intern _____

Visum:

i.A.22.14.7.3.-CB/BUH

Bern, den 10. September 1990

VERTRAULICH

Informations hebdomadaires 37/90

Index:

Page

- | | |
|--|---|
| 1) Offizieller Arbeitsbesuch des niederländischen Aussenministers
Hans van den Broek in Bern, 3. September 1990 | 1 |
|--|---|

1) Offizieller Arbeitsbesuch des niederländischen Aussenministers Hans van den Broek in Bern, 3. September 1990

Auf der Tagesordnung der sehr freundschaftlich und offen verlaufenen Gespräche - der letzte offizielle bilaterale Besuch eines niederländischen Aussenministers fand 1987 statt - unter der Leitung von Bundesrat Felber (BRF) standen die europäische Architektur, die europäische Integration und bilaterale Fragen.

1. Europäische Architektur

Beide Länder verfolgen bei der Beurteilung der Entwicklungen in Osteuropa dieselbe Linie: einerseits Freude über die Demokratisierung, andererseits Sorge über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. BRF stellt in diesem Zusammenhang das schweizerische **Hilfspaket** von 250 Mio. Franken vor, fasst seinen kürzlichen Besuch in Ungarn zusammen und gibt einen kleinen Ausblick auf seine geplante Moskaureise im Oktober. Van den Broek (B.) seinerseits beschreibt das niederländische Hilfsprogramm mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Umweltschutz, Managementausbildung und Kulturaustausch. Allein für 1991 seien für bilaterale Hilfe an Osteuropa ca. **180 Mio. Franken** vorgesehen.

Im Lichte der Golfkrise kommt der niederländischen Idee einer **"Europäischen Gemeinschaft für Energie"** besondere Bedeutung zu. Diese Institution, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nachempfunden, soll neben den EG-Staaten auch die EFTA-Länder sowie Osteuropa inkl. Sowjetunion umfassen, wobei die letztere wegen ihres Umfangs und ihrer energiewirtschaftlichen Kraft gewisse Probleme stelle. Die EG-Kommission prüfe im Moment die dem Europäischen Rat in Dublin im Juni unterbreitete Idee. B. betont besonders die politischen Vorteile einer solchen Institution: Verhinderung einer zukünftigen Teilung Europas in verschiedene Lager und Sicherstellung einer minimalen Energieversorgung für ganz Europa. BRF seinerseits unterstreicht das besondere Interesse der Schweiz an der Idee, da verschiedene wichtige internationale Gaspipelines durch unser Land führen.

In bezug auf die **deutsche Vereinigung** stimmen beide Seiten überein, dass die Geschwindigkeit des Prozesses alle überrascht habe. B. als Vertreter eines einst von Deutschland besetzten Landes gibt kund, in den Niederlanden bestünden mancherorts psychologische Hemmungen, der Vereinigung mit grosser Freude zuzusehen, wiewohl realistischere Weise die Einbindung Deutschlands in westliche und demokratische Institutionen (EG, NATO, Europarat) die Wiederholung der Geschichte unwahrscheinlich mache. BRF erkennt auch in der Schweiz in gewissen Kreisen eine Zurückhaltung, vor allem im Bestreben, das eigenständig Schweizerische zu betonen. In Bank- und Wirtschaftskreisen bestehe auch eine gewisse Sorge, dass die BRD als bisheriger Geldlieferant nun wegen der Absorption durch den DDR-Anschluss Anleihen aufnehmen müsse, was zu Zinshausen und Inflation führen könne.

Im Bereiche der **KSZE** sprechen sich beide Seiten gegen eine starke Institutionalisation aus. B. hält dafür, die KSZE ein ideelles Forum zur Gestaltung des Friedens sein oder werden zu lassen. Für den Novembertreffen würde er prinzipielle Beschlüsse über einen regelmässigen Konsultationsrahmen, Bildung von Arbeitsgruppen und zweijährliche Gipfeltreffen begrüssen.

Konkret schlägt B. die Bildung zweier "Zentren" vor, eines für Konfliktverhinderung, welches Studien und Vorschläge zu Handen der Konferenz ausarbeitet, und eines für friedliche Streitvermittlung. Den Niederlanden würde dabei als Ideal vorschweben, dass sich alle Mitglieder zu einer noch zu definierenden Schlichtungsordnung bekennen.

Für B. haben die bestehenden Gremien EG, NATO und Europarat bewiesen, dass sie vitale Beiträge zur Gestaltung der europäischen Architektur leisten können. **Dort** muss die Zusammenarbeit intensiviert werden, statt neue Gremien zu schaffen. Solange keine Institutionen existieren, die mehr Sicherheit als die **NATO** bieten, bleibt diese als hauptsächliche Sicherheitsstruktur unangetastet, wobei sie unter Anpassung an die politischen Entwicklungen sich durchaus ein neues Gesicht geben müsse. Der **Europarat** könne aus

den Körben 1 und 3 der KSZE gewisse Aktivitäten verstärkt entwickeln (Menschenrechte, Kultur, Lokalverwaltung). Was die EG betrifft, so sei sie eine Institution sui generis.

2. Europäische Integration

B. macht sich in grosser Offenheit zum Anwalt der EG und erklärt unumwunden, die EFTA-Länder müssten sich in den EWR-Verhandlungen auf Prioritäten einigen können, mit **einer** Stimme sprechen und es unterlassen, individuelle Ausnahmeregelungen zu verlangen, welche zum Ziel des EWR konträr seien. Dieser wäre mit Ausnahmebestimmungen bloss ein loses Gebilde. Gemäss B. wird die EG mit Sicherheit über den EWR auch die **politische Zusammenarbeit** mit den EFTA-Ländern suchen, wobei zunächst der EWR im wirtschaftlichen Bereich zur Zufriedenheit funktionieren müsse, bevor zum Politischen geschritten werden könne. Jedenfalls werde die EG bis in 1 1/2 Jahren selber für sich eine substantielle Form der politischen Zusammenarbeit gefunden haben, in der Erkenntnis, dass gerade in Krisenfällen keiner mehr allein vorgehen könne.

BRF erläutert die innenpolitische Struktur der Schweiz (Föderalismus, direkte Demokratie), die den Bundesrat im Bereich des EWR zu einer überlegten, vorsichtigen und mit viel Ueberzeugungsarbeit verbundenen Politik führe. Der EWR müsse der Schweiz etwas bringen, sonst habe er in der Abstimmung keine Chance. Schon im besten Falle müssten mit dem EWR 300 Erlasse geändert werden. Der Bundesrat plädiere daher lieber für eine Hinauszögerung eines Vertragsabschlusses mit dem Ziel, etwas Konsistentes, gerade im Mitbestimmungsbereich, zu erreichen. Bei den Ausnahmen unterstreicht BRF die Notwendigkeit, aus innenpolitischen Gründen auf der Ausländerkontingentierung zu bestehen. In den andern Ausnahmebereichen signalisiert er, dass die Schweiz lediglich Uebergangslösungen beanspruche. B. seinerseits ist der Auffassung, dass der EG-Ministerrat die EWR-Problematik nochmals überprüfen müsste, falls in den Verhandlungen grössere Verzögerungen oder Schwierigkeiten aufträten.

3. Bilaterale Fragen

Angesichts der ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind keine bilateralen Probleme im engeren Sinne aufzugreifen. B. benützt aber doch die Gelegenheit, drei Fragenkomplexe anzuschneiden:

- a) Im Lichte der praktisch inexistenten politischen Konsultationen schlägt er **regelmässige jährliche Treffen der politischen Direktoren** vor. BRF ist einverstanden.
- b) B. bittet den Bundesrat dringend um die Oeffnung eines **40-Tonnen-Korridors**, wenigstens temporär und als strikte Ausnahme. BRF erläutert die bekannte ablehnende Haltung des Bundesrates und beschreibt die innenpolitischen und ökologischen Gründe.
- c) B. ersucht um einen erhöhten Beitrag an die Kosten der **Entsalzung des Rheins**. BRF erläutert die Haltung der Schweiz, wonach der Hauptverursacher Frankreich mehr leisten müsse, dass die Schweiz nach der 1986 erfolgten Einstellung eigener grösserer Chlorideinleitungen das Ihre beigetragen habe und dass sie nur noch bereit sei, einen einmaligen finanziellen Beitrag zu leisten. Diese Antwort entspricht einem Brief Bundesrat Cottis, der in diesem Sinne bereits seiner niederländischen Amtskollegin geschrieben hatte.

J.C.A. Staehelin

i. A. 22.14.73.

Interne Verteilerliste

11.09.1990

Betrifft:

IH + DP 37/90 vom 10.09.1990

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter von Salis	VSG
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	HO
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAT
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädgersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL HAD
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste + <u>Vertrauliche Umschläge:</u> - Hr. Loréтан, W 134 - Seeschiffahrtsamt, Basel - Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt) - alle Bundesräte (für Info hebdo)	Hr. Bill	BH

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP